



Soziales Engagement von Jugendlichen

Lösungsmöglichkeit A1

Die These stimmt. Alle im Diagramm erfassten Bereiche zeigen ein zunehmendes Engagement von Jugendlichen. Ein Blick auf die Bereiche, in denen Jugendliche aktiv sind, zeigt, dass Aktivitäten für Jugendliche und hierbei für eine sinnvolle Freizeitgestaltung besonders zugenommen haben. Das kann auch ein Hinweis darauf sein, dass die öffentliche Hand in den letzten Jahren gespart hat.

Lösungsmöglichkeit A3

Jugendliche zeigen eine hohe Bereitschaft zum Engagement in ihrem unmittelbaren Umfeld – z.B. wenn es um die Gestaltung von Jugendzentren oder öffentlichen Plätzen geht oder wenn Themen mit übergreifendem Charakter verfolgt werden, etwa globale Gerechtigkeit, Ökologie und Umweltschutz, Rechtsextremismus.

Motive für ehrenamtliches Engagement können sein:

→ Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten

→ Einsatz für gesellschaftliche und politische Interessen

→ (als Arbeitnehmer, für soziale Belange, für Freizeitinteressen ...)

→ Freizeitgestaltung

→ soziales Engagement vor Ort

→ Sinngebung für das eigene Leben

→ Ausgleich zu Schule und Beruf

→ Mediennutzung

Lösungsmöglichkeit A2

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gibt z.B. folgende Empfehlungen für die Nutzung von sozialen

Netzwerken:

→ mit persönlichen Informationen zurückhaltend sein

→ sich über allgemeine Geschäftsbedingungen des Netzwerks und Bestimmungen zum Datenschutz informieren

→ wählerisch sein bei Kontaktanfragen

→ für jede Internetanwendung ein anderes Passwort verwenden

→ keine Informationen über die eigene Arbeit und den Arbeitgeber preisgeben

→ nicht wahllos auf Links klicken (Phishing!)

→ kritisch prüfen, welche Rechte man den Betreibern an eingestellten Bildern, Texten und Informationen einräumen möchte

→ bei zweifelhaften Anfragen sich außerhalb des Netzwerks nach der Vertrauenswürdigkeit erkundigen



Neue Beschäftigung – atypisch und prekär?

Lösungsmöglichkeit A2

Die Statistik M1 dokumentiert einen erheblichen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt. Alle vier aufgezeigten Formen atypischer Beschäftigung nehmen von 1991 bis 2011 signifikant zu. Am häufigsten kam 2011 die Teilzeittätigkeit mit einem wöchentlichen Stundenumfang von bis zu 20 Stunden vor (5,0 Mio.). Befristet waren 2,8 Mio. Personen und geringfügig beschäftigt 2,7 Mio. Erwerbstätige. Zu den Leiharbeitern wurden 775.000 Arbeitnehmer gezählt. Mehrfachzählungen sind dabei allerdings möglich. Prozentuale Zunahme von 1991–2011: Geringfügig Beschäftigte plus 31%; Teilzeitbeschäftigte plus 96,7%; befristete Beschäftigung plus 57,4%, Zeitarbeit seit 2006 bis 2011 plus 37,9%.

Deutlich sind geschlechtsspezifische Unterschiede auszumachen. Außer bei der Zeitarbeit erreichen Frauen bei den atypischen Arbeitsverhältnissen einen tlw. sehr viel höheren Wert als Männer.

Lösungsmöglichkeit A3

Arbeitnehmersicht:

Vorteile: „Klebeffekt“ (Übernahme in Normalarbeitsverhältnis/Weg aus der Arbeitslosigkeit); Teilzeit kann familienfreundliche Erwerbstätigkeit bedeuten; Möglichkeit zum kleinen Zuverdienst ...

Nachteile: geringere Entlohnung; unsicherere Lebensplanung; fehlende Bonität; Benachteiligung gegenüber Stammbesellschaft; höhere zeitliche und räumliche Verfügbarkeit; wechselnde Phasen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; starke Abhängigkeit von Konjunkturphasen; geringere Identifikation mit Arbeitsplatz ...

Arbeitgebersicht:

Vorteile: flexibler Einsatz von Arbeitskräften bei Konjunkturschwankungen; Abfangen von Produktionsspitzen/Anpassung im Abschwung; Umgehung von Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechten; Zahlung niedriger Lohn- und Lohnnebenkosten; ggf. höhere Arbeitnehmermotivation wegen Unsicherheit ...

Nachteile: fehlende Identifikation der Arbeitnehmer mit dem Unternehmen; ggf. niedrigere Motivation bei unsicheren Arbeitsverhältnissen; Unruhe bei Belegschaft durch Zweiklassenstrukturen; Anlernkosten ...

→ Unsichere Zukunft – droht Altersarmut?

Lösungsmöglichkeit A1

Vergleichskriterien	privilegierte Alte	alte Menschen in Armut
Bildungshintergrund	Abitur, Hochschulabschluss	in der Regel unterhalb des Abiturs
beruflicher Hintergrund	Freiberufler, Professoren, höhere Beamte/ Angestellte, Unternehmer und höhere Manager	Geringverdiener, Langzeitarbeitslose, Teilzeitkräfte, Minijobber, Dauerprakti- kanten, Scheinselbstständige, vermindert Erwerbsfähige
Finanzquellen im Alter	Pensionen, Ruhegehaltsbezüge, Be- triebsrenten, Lebensversicherungen, Vermögenseinkünfte	Bezüge aus Rentenversicherung, staat- liche Zuschüsse in Form der Grund- sicherung, Minijobs
Freizeitverhalten	Wahrnehmen von Ferien-, Bildungs- und Kulturangeboten, politisch aktiv	wegen fehlender Finanzmittel nur wenige Möglichkeiten, kein Urlaub
Gesundheitszustand	guter Gesundheitszustand, Prophylaxe, eigene medizinische Kenntnisse	gesundheitlicher Verschleiß, geringere Lebenserwartung

Lösungsmöglichkeit A2

1. Säule: gesetzliche Vorsorge – Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung

2. Säule: betriebliche Altersvorsorge oder Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes

3. Säule: private Vorsorge durch Ansparen von Kapital, z.B. in Form von Fondssparpläne, Riester-Rente, Rürup-Rente,
Lebensversicherung und Immobilienbesitz

Lösungsmöglichkeit A3

Bürgerversicherung: Es besteht nur eine Pflichtversicherung, in die alle ohne Ausnahme je nach Einkommen in unterschiedlicher
Höhe einzahlen.

Kopfpauschale: Alle Versicherten zahlen einen einheitlichen einkommensunabhängigen Beitrag zur Krankenversicherung, Bedürftige
werden durch einen steuerfinanzierten Beitrag entlastet, Krankenkassen stehen im Wettbewerb und können Pauschalen senken.

→ **Machtkontrolle durch Gewaltenteilung**

Lösungsmöglichkeit **A1**

Trennung der Gewalten schützt vor Machtmissbrauch durch Machtkonzentration und garantiert die Freiheit des Einzelnen. Exekutive, Legislative und Judikative in einer Hand führen zur Tyrannei, Unterdrückung und Willkürherrschaft, da sich die Gewalten nicht gegenseitig wirksam kontrollieren können.

Lösungsmöglichkeit **A2**

		horizontale Gewaltenteilung		
vertikale Gewaltenteilung		Legislative	Exekutive	Judikative
	Bund	Bundestag, Bundesrat	Bundesregierung, Bundespräsident	Bundesverfassungsgericht
	Länder	Landesparlamente	Landesregierungen, kommunale Körperschaften	Landesverfassungsgericht

Lösungsmöglichkeit **A3**

Horizontale GW: Aufteilung der staatlichen Gewalt auf verschiedene nationale Verfassungsorgane

Vertikale GW: zusätzliche föderale Verteilung staatlicher Gewalt (z.B. Bundesländer/Kommunen)

Temporale GW: Begrenzung der Machtausübung auf Zeit

Konstitutionelle GW: Machtbegrenzung durch schwer oder gar nicht veränderbare Verfassungsgrundsätze

Dezise GW: Einfluss weiterer Gruppen auf Entscheidungen (z.B. Parteien, Medien, Lobbygruppen)

Lösungsmöglichkeit **A4**

Verfassungsorgane wählen einander; Aktionseinheit zwischen Bundestagsmehrheit und Bundesregierung; Kontrolle wird in der Regel nur durch Oppositionsfraktion(en) ausgeübt; Dominanz der Exekutive bei Gesetzgebungsinitiative wegen qualitativer und quantitativer Überlegenheit der Ministerialverwaltung gegenüber Parlamenten; Durchbrechung der Gewaltenteilung im Bundesrat durch Legislative; Durchbrechung der Gewaltenteilung im Bundesrat durch Legislative; Dominanz derselben Parteien in allen Verfassungsorganen schwächt die Kontrollfunktion der Gewaltenteilung, insbesondere bei einer „Großen Koalition“ auf Bundesebene

→ Bürgerinitiativen

Lösungsmöglichkeit **A3**

Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> → BJ formulieren u.a. neue Ideen und alternative Handlungsmöglichkeiten → BJ fördern die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung und damit politische Beteiligung → Bürger fühlen sich ernst genommen, was zu höherer Akzeptanz politischer Entscheidungen führt 	<ul style="list-style-type: none"> → BJ sind anfällig für Manipulation und Missbrauch durch Extremisten, indem sie bspw. Ängste schüren und einfache, aber unrealistische Lösungen vorgeben → BJ können von Minderheiten getragen werden, die aber öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen können

→ Die Außengrenze der EU

Lösungsmöglichkeit a)

Mögliche Argumente:

Die EU steht für Menschen- und Bürgerrechte, sie muss selbst an dieser Idee arbeiten, wenn sie sie weltweit einfordert.

Die EU bezieht sich auf ihre Tradition als christliches Abendland, es ist ein Gebot der Nächstenliebe, Menschen in Not beizustehen.

Die EU kennt die Flüchtlingsthematik als weltweites Problem, sie muss selbst an konstruktiven Lösungen des Migrationsproblems arbeiten und nicht nur an Abwehrmaßnahmen („Festung Europa“).

Die EU versteht sich als Solidargemeinschaft. Sie muss berechnete Ängste vor Überfremdung und dem Verlust der eigenen (kulturellen) Identität ihrer Bürger ernst nehmen und die überforderten Regionen solidarisch unterstützen.

Lösungsmöglichkeit b)

Drei verschiedene Szenarien mithilfe der Szenariotechnik:

Szenario A (best case) = positives Trendszenario:

Durch humanitäre und wirtschaftliche Aufbauhilfe, durch Hilfe beim Aufbau demokratischer Regierungsstrukturen und zur Bekämpfung der Korruption sowie eine effizientere Klimapolitik könnte der weltweite Migrationsdruck zurückgehen, sodass es Europa gelingt, alle, die dann noch kommen und bleiben wollen, aufzunehmen und zu integrieren.

Szenario B (Trend) = derzeitiges mittleres Trendszenario:

Der Flüchtlingsstrom steigt weiter an und überfordert die aufnehmenden Länder. Die EU versucht, mit zum Teil fraglichen Mitteln, ihre Grenzen zu schützen und leistet gleichzeitig wirtschaftliche Hilfe und Hilfe zum Aufbau demokratischer Strukturen (für wirtschaftlichen Aufbau und Beachtung der Menschenrechte) in den betroffenen Ländern.

Szenario C (worst case) = negatives Trendszenario:

Die Situation in vielen Ländern verschlechtert sich durch Kriege, Naturkatastrophen, Missmanagement der Regierungen dermaßen, dass niemand mehr ein Konzept hat, die Flüchtlingsströme zu bewältigen. Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

→ EU-Erweiterung

Lösungsmöglichkeit A3

pro Beitritt Türkei	kontra Beitritt Türkei
→ Millionen Türken leben schon in der EU	→ Türkei besitzt gravierendes Demokratiedefizit
→ Türkei hat eine europäische Geschichte	→ tiefe Kulturgrenze zwischen Türkei und EU
→ EU würde ein Global Player mit Anschluss zu energiepolitisch	→ Annäherung der EU an Krisen des Nahen und Mittleren
wichtigen Regionen werden	Osten (Iran, Syrien, Libanon, Israel)
→ EU darf kein christlicher Klub sein	→ Türkei erlebt unter der AKP eine Re-Islamisierung
→ Türkei ist ein erfolgreiches Schwellenland	→ Türkei ist wirtschaftlich noch zu schwach
→ innere Reformen der Türkei würden belohnt	→ EU würde zu groß und nicht regierbar

Stellungnahme:

individuelle Schülerlösung

→ EU-Freizügigkeit: Notwendigkeit oder Segen?

Lösungsmöglichkeit A1

Grundsätzlich: Drei Monate darf sich jeder EU-Bürger ohne Bedingung in einem anderen EU-Land aufhalten.

Arbeitnehmer und Selbstständige: Recht auf Aufenthalt ohne Bedingungen (und direkte Familienangehörige).

Arbeitssuchende: Sie haben mindestens sechs Monate ein Recht auf Aufenthalt, wenn im EU-Aufnahmeland weiter nach einer Beschäftigung gesucht wird und eine „begründete Aussicht“ auf Arbeit besteht.

Studierende/Nichterwerbstätige: Bei finanzieller Unabhängigkeit und keiner Belastung für Sozialsysteme des EU-Aufnahmelandes länger als drei Monate.

Lösungsmöglichkeit A2

Bulgaren/Rumänen seien in der Regel schlecht qualifiziert; kaum in den Arbeitsmarkt zu integrieren; wandern vor allem in die Sozialsysteme ab und belasten so die öffentlichen Kassen; Kriminalitätsrate steigt. Fazit: Zuwanderung von Rumänen/Bulgaren bedeute oft Armutszuwanderung.

Lösungsmöglichkeit A3

Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa führt zur Arbeitsmigration. Zurzeit überdurchschnittlich viele Akademiker, insbesondere Ärzte, aus Osteuropa auf Arbeitssuche in Deutschland. Wegen des demografischen Wandels und des Mangels an Fachkräften benötigt Deutschland Zuwanderer. Zuwanderer aus Osteuropa arbeiten v.a. in Pflegeberufen, insbesondere in der privaten Altenpflege.

Rumänen und Bulgaren sind eine gut integrierte Einwanderungsgruppe in Deutschland. Ähnlich positive Erfahrungen mit der Arbeitsmigration aus Osteuropa wurden nach 2004 in Großbritannien gemacht. Gesondert zu betrachten ist die Teilgruppe der Sinti und Roma, die in westdeutschen Ballungsräumen schlecht integriert und unter prekären Bedingungen lebt.



Internationale Kapitalmärkte – Kasinokapitalismus?

Lösungsmöglichkeit A3

Finanztransaktionssteuer: Gesetzentwurf der EU-Kommission (2011): Steuersatz von 0,1% auf Handel von Aktien/Anleihen; 0,01% für Derivate. Einnahmenvolumen 50 Mrd. €

Pro: Hochspekulative Investments von stark umstrittenen volkswirtschaftlichem Nutzen würden unrentabel; Spekulationskapital würde stärker in Realwirtschaft investiert; Steuereinnahmen könnten der Gesellschaft zugute kommen (sozialökologische Verwendung, Haushaltskonsolidierung).

Kontra: Steuer würde die Marktpreise verzerren; Derivatgeschäfte dienen der besseren Verteilung von Risiken, Finanzakteure würden noch stärker in Offshore-Plätze abwandern (rein europäische Lösung würde den Finanzstandort Europa schädigen, ohne Spekulationsblasen zu verhindern); die Kosten der Steuer würden an Verbraucher weitergegeben.